ParentsForFuture Ortsgruppe Gütersloh
c/o. Anke Kupka
Röckinghausenerstr. 11
33378 Rheda-Wiedenbrück

Mail: kreis_guetersloh@parentsforfuture.de

Herr Bürgermeister Morkes

Berliner Straße 70
33334 Gütersloh

Betr.:
Städtische Klimaschutzpolitik

Gütersloh, 12.6.2023

Sehr geehrter Herr Morkes,

Könnte man den Umsetzungsmangel in der Gütersloher Verwaltung besser zusammenfassen als der gemeinsame Beschlussvorschlag aller demokratischen Parteien von März 2021 in diesem einen folgenden Absatz?

“Um die „Rechte und Interessen künftiger Generationen zu wahren“ (Haushaltsentwurf S. 15), ist es wichtig, jetzt zu handeln, denn die Kosten für spätere Klimafolgenanpassungen werden ungleich größer sein. An Ideen, was konkret hier in Gütersloh getan werden könnte, mangelt es nicht. Auf eine kleine Befragung der Mitglieder des neuen Klimabeirats und des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz wurden 279 Beiträge eingereicht. Auch wenn die Realisierbarkeit der Vorschläge noch nicht abschließend ausgewertet ist, muss für vielversprechende und kurzfristig umsetzbare Maßnahmen ein ausreichendes Budget vorgehalten werden.“

Bei systematischer Durchsicht alter Unterlagen zur Klimaschutzpolitik in Gütersloh, ist uns ein gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen und CDU, aus dem Jahr 2007, besonders aufgefallen. Es handelt sich im Antrag um einen Antrag zum Klima- und Ressourcenhaushalt für die Stadt Gütersloh. Dieser Antrag beinhaltet eine Erhebung von Indikatoren zu Klimaschutzmaßnahmen und basiert auf Indikatoren, die bereits im Jahr 2003 für eine nachhaltige Entwicklung Gütersloh erarbeitet wurden. (Vorgang 440/2007)

Die Klimawandel-Problematik ist spätestens seit dem Erscheinen des Berichts „Grenzen des Wachstums“, vom Club of Rome, im Jahr 1972 allgemein bekannt.

Die alten lokalen Dokumente aus Gütersloh belegen uns eindeutig, dass der daraus resultierende Wille zur Handlung für Klimaschutz fraktionsübergreifend vorlag, denn der eingangs genannte Antrag, wurde ohne Enthaltung oder Gegenstimmen als Prüfauftrag beschlossen.

Doch darauf folgten seltsamerweise keine nennenswerten Maßnahmen. Der Klima- und Ressourcenhaushalt zumindest, wurde in der beantragten Form nicht eingesetzt. Dabei hieß es damals in den Protokollen der entsprechenden Sitzung bereits, man habe kein Erkenntnisproblem

ParentsForFuture Ortsgruppe Gütersloh
c/o. Anke Kupka
Röckinghausenerstr. 11
33378 Rheda-Wiedenbrück

Mail: kreis_guetersloh@parentsforfuture.de

zum Klimawandel, sondern ein Umsetzungsproblem.

Vielleicht ist unsere Einschätzung falsch aber nach unserem Wissen ist die Stadtverwaltung verpflichtet, die Beschlüsse des Rates umzusetzen. Darin gibt es keine Ermessensspielräume und kein Vetorecht. Wenn Beschlüsse nicht umsetzbar sind, müssen durch die Staatsdiener die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Natürlich in gutem Einvernehmen, in angemessenen zeitlichen Rahmen und basierend auf einer dazugehörigen Berichterstattung von Problemen, Problem, Ursachen und Lösungsansätzen.

Das Beamtenrecht soll dabei sicherstellen, dass das Subsidiaritätsprinzip funktioniert. Gibt es Probleme in der Umsetzung sollen diese ausgeräumt werden. Wenn sich jemand den Beschlüssen entgegenstellt, muss jeder Beamte dagegen „rebellieren“ und so die Umsetzung voranbringen.

Die Remonstrationspflicht jedes einzelnen Beamten soll sicherstellen, dass der Wunsch der Bürger, vertreten durch den Rat der Stadt, zur Umsetzung kommt.

Wir verlassen uns auf einen funktionsfähigen Rechtsstaat, dessen Bedienstete zu Loyalität verpflichtet sind.

Man darf wohl im genannten Fall davon ausgehen, dass die zurückliegenden 16 Jahre ausreichend Zeit zur Prüfung und nachfolgenden Umsetzung der Antragsinhalte geboten haben.

Natürlich müssen andersartige Anträge des Alltags im lokalpolitischen Handlungsrahmen ebenfalls bearbeitet werden.

Aber wir fragen uns, wie die Priorisierung der Verwaltung immer wieder zu Gunsten von Wirtschaftsinteressen, anstelle von Anträgen zur Wahrung unseres Lebensraumes ausfallen kann.

Spätestens seit der Welt Klimakonferenz in Rio 1992 hat der Stellenwert von Klimaschutz mit den dortigen Beschlüssen eine amtliche Aufwertung erfahren. Jeder Bundesbürger, aber insbesondere die staatlichen Angestellten und Beamten, sind unserer Verfassung verpflichtet. In diesem Zusammenhang, und darüber hinaus aus reinem Selbstschutz, spielt der Paragraph 20 A des Grundgesetzes eine Rolle.

Das populistische Wahlkampfgetöse der einzelnen Parteien, die sich wechselseitig planvoll behindern, wirkt sich katastrophal auf die Gesellschaft und unseren Lebensraum aus. Wenn aber darüber hinaus auch sämtliche Beamten des Landes beliebig ihren Dienst ausüben und ihre Aufgaben nicht aufgabengemäß erfüllen, ist unser Staatswesen als gescheitert anzusehen.

In Deutschland gibt es unzählige gute Natur- und Klimaschutzgesetze und Verordnungen. Das Verwaltungsrecht und das Beamtenrecht sollen deren Einhaltung und Umsetzung absichern. Die großen Wirtschaftsverbände der fossilen Energiewirtschaft, aber auch der Bauwirtschaft, bemühen

ParentsForFuture Ortsgruppe Gütersloh
c/o. Anke Kupka
Röckinghausenerstr. 11
33378 Rheda-Wiedenbrück

Mail: kreis_guetersloh@parentsforfuture.de

sich mittels Lobbyismus darum, diese Gesetze zum Schutz unserer Lebensgrundlagen, für ihre Partikularinteressen zu untergraben.

Würden alle unsere Staatsdiener, egal welchen Dienstgrades, verfassungsgemäß und dienstrechtlich korrekt handeln, so hätte unser Land nicht den jetzigen Anteil Deutschlands an der aktuellen Klimakatastrophe zu verantworten.

Aber es ist noch nicht zu spät. Alle notwendigen Erfindungen sind bekannt. Die Infrastruktur ist, sowohl baulich als auch als Verwaltungsstruktur, vorhanden. Noch können wir zumindest das Gröbste verhindern. Jedes Zehntel Grad an Erdüberhitzung ist relevant.

Wollen wir nicht weiterhin Verluste an Menschenleben und große wirtschaftliche Schäden verantworten, so müssen wir ab sofort verfassungsgemäß handeln. Die Zeit des Wegschauens und der parteipolitischen Lagerkämpfe ist vorbei.

Wir fragen uns, ob es wirklich unumgänglich ist, die zuständige Kommunalaufsicht nach den Möglichkeiten zu Fragen, wie man die Gütersloher Verwaltung dazu bringt, ihre Aufgaben umgehend zu erledigen.

Wir werden sonst jeden rechtlichen Weg beschreiten, der für echte Demokraten zu beschreiten ist, Prüfaufträge helfen uns nicht bei der Bewältigung der Klimakrise.

Mit freundlichem Gruß
Anke Kupka

In Vertretung für die Parents For Future Ortsgruppe Gütersloh